

**3511/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 27.02.2002**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Privilegien für FPÖ-Politiker

Einer Ausschreibung in der Wiener Zeitung vom 13.2.02 ist zu entnehmen, dass das Justizministerium neue Staatsanwälte sucht: "Im Planstellenbereich der Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck gelangen zwei Planstellen der Staatsanwaltschaft Innsbruck zur Ausschreibung. Es handelt sich hierbei um für Ersatzfälle gebundene Ersatzplanstellen."

Wie den "Salzburger Nachrichten" (14., 15., 16., 19.2.02) bzw. der "Salzburg Krone" zu entnehmen ist, wissen zumindest zwei Bewerber schon, dass die ausgeschriebenen Stellen nicht nur auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten, sondern exakt für sie geschaffen wurden: der Salzburger Richter, Vizebürgermeister und FPÖ-Funktionär Siegfried Mitterdorfer und der Welscher Richter, Vizebürgermeister und FPÖ-Funktionär Wieser.

Mitterdorfer ist als Strafrichter seit zehn Jahren beim Landesgericht Salzburg, Wieser als Arbeitsrichter beim Landesgericht Wels karenziert. Weil das Beamtendienstrecht - wahrscheinlich gleichheits- und damit verfassungswidrig - für Richter eine Obergrenze von zehn Jahren bei Karenzierungen vorsieht, haben beide ein Problem: sie möchten gerne Vizebürgermeister bleiben und als Justizbeamte in Pension gehen.

Vor allem Mitterdorfer, der am 16.2.02 60 Jahre alt wurde, leidet unter den pensionsrechtlichen Anpassungen der FPÖ/ÖVP-Koalition. Wäre das Pensionsantrittsalter nicht erhöht worden, hätte Mitterdorfer am 1.3.02 sorglos den Ruhestand als Richter antreten und dennoch als FPÖ-Vizebürgermeister problemlos verkünden können, dass die FPÖ jederzeit gegen alle Privilegien und Privilegienritter auftritt. Da Mitterdorfers zehnjährige Karenz aber am 4.11.02 endet und sein Richter-Ruhestand erst am 1.3.03 beginnt, ist er darauf angewiesen, dass ihn das Justizministerium privilegiert:

"Das Ministerium bot dem Vizebürgermeister einen Posten als Staatsanwalt und zwar beim Oberlandesgericht Innsbruck an. Vier Monate wird er diesen Posten behalten", schreiben die "SN". "Dann gehe ich in Pension", sagt Mitterdorfer. Seinen Posten als Staatsanwalt wird Mitterdorfer allerdings nie antreten, sondern sich sofort wieder vom Dienst karenzieren lassen.

Damit ist klar: ein Privilegien-Posten wird für den FPÖ-Politiker Mitterdorfer geschaffen, damit er als Justizbeamter sorglos in Pension und als FPÖ-Politiker

problemlos weiterarbeiten kann. Als Vizebürgermeister der Stadt Salzburg dürfte nämlich Mitterdorfer seinen Beruf als Richter nicht ausüben.

Durch die Pensionsreformen 2000 und die Unfallrentenbesteuerung wurden Tausende Menschen massiv finanziell beeinträchtigt. Im Gegensatz zu FPÖ-Vizebürgermeistern bzw. Richtern wurde ihnen von der FPÖ/ÖVP-Koalition keine Möglichkeit zur Sanierung ihrer Pensions- bzw. Lebensplanung eingeräumt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## **ANFRAGE:**

1. Warum wurden beim Oberlandesgericht Innsbruck zwei Planstellen für Staatsanwälte mit den in der "Wiener Zeitung" genannten Bedingungen ausgeschrieben?
2. Warum sollen diese Planstellen mit einem Salzburger bzw. Welser FPÖ-Vizebürgermeister besetzt werden?
3. Werden diese Planstellen, die als für Ersatzfälle gebundene Ersatzplanstellen ausgeschrieben sind, nach bzw. während der Karenz der beiden FPÖ-Vizebürgermeister und Richter neu ausgeschrieben? Wenn ja, sind auch dafür FPÖ-Politiker bzw. Richter vorgesehen?
4. Planen Sie, weitere Ersatzplanstellen oder Planstellen der Justizverwaltung mit FPÖ-Politikern zu besetzen? Wenn ja, mit welchen?
5. FPÖ-Vizebürgermeister Mitterdorfer hat gegenüber den "SN" erklärt, dass er sich für eine Novellierung des Beamtendienstrechts mit dem Ziel der Gleichstellung von Richtern bei den Karenzierungsregelungen stark gemacht habe. Der FPÖ-Klub habe aber für Mitterdorfers Anliegen kein Verständnis gehabt. "Darüber bin ich ziemlich enttäuscht", erklärte daraufhin Mitterdorfer gegenüber den "SN". Warum haben Sie der Bundesregierung bzw. dem Parlament nicht eine Novellierung des Beamtendienstrechts anstelle einer Privilegierung von FPÖ-Politikern vorgeschlagen?
6. Aus welchen Gründen vertreten Sie eine Sonderregelung für FPÖ-Richter bzw. Vizebürgermeister, obwohl Sie den Pensionsreformen 2000 zugestimmt haben?